Die Freiheit

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zusendung unter Streifband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Fernsprecher: Amt Norden Nr. 110 67, 110 68 und 110 49

Inserate kosten die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1 | **Berlin, den 15. November 1918** | **Nummer 1**

An die Partei!

Mit Freude und Stolz sprechen wir zu Euch!

Das scheinbar gegen alle Stürme fest verankerte Gebäude des preußisch-deutschen Militarismus ist zusammengebrochen.

Die Kronen der deutschen Fürstenhäuser, die Krone des deutschen Kaisertums sind wie Glas zerschellt.

Verheißungsvoll tritt an die Stelle der Monarchie die sozialistische Republik.

Das revolutionäre Volk hat kurzen Prozeß gemacht mit den Trägern der alten Regierungsgewalt, den Generalen und Bureaukraten. Es hat die Macht der Offiziere in der Armee, die Herrschaft der Junkerkaste in der Verwaltung, die Herrschaft des kapitalistischen Klüngels im öffentlichen Leben gebrochen und die Regierungsgewalt an sich gerissen.

Die Träger dieser Gewalt sind heute die Arbeiter- und Soldatenräte.

In derselben Stunde, in der die Mauern der alten Verwaltung zertrümmert sind, ist der Grund gelegt für den gewaltigen Bau der neuen sozialistischen Ordnung. Jetzt gilt es, mit dem Aufgebot aller schöpferischen Kräfte den Frieden zu sichern, die revolutionären Errungenschaften zu befestigen, um mit der politischen auch die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu vollenden.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat vom ersten Tage ihres Bestehens an das bevorstehende Ende des Militarismus und des Imperialismus verkündet und alles getan, um die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu entfesseln. Heftig bekämpft von der Sozialdemokratischen Partei, die noch beim Ausbruch der Revolution verständnislos diesen Ereignissen gegenüberstand und die Vorkämpfer der Revolution schmähte.

Die Not der Stunde verlangte gebieterisch die Herstellung einer Regierung, die dem blutigen Gemetzel ein Ende machen, die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen und den Frieden sicherstellen sollte. Eine Regierung, die mit Nachdruck an die Verwirklichung der sozialistischen Grundsätze herantritt.

Dafür war aber eine Gewähr nur gegeben, wenn unsere Partei entscheidenden Einfluß auf die Regierung bekam, deshalb verlangten wir, das neue politische Kabinett müsse ein rein sozialistisches sein, in dem beide sozialdemokratischen Parteien zu gleichen Teilen mit gleichen Rechten vertreten sind.

Diese Regierung konnte die Gewalt nur aus den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte empfangen. Die Regierung wurde deshalb auch erst in dem Augenblick konstituiert, als die erste Vollversammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats die Bildung eines provisorischen Kabinetts in dieser Zusammensetzung billigte.

Durchdrungen von dem festen Glauben an die Durchführbarkeit unseres Endziels, gehen wir an die schwere Arbeit der Beseitigung des Kriegsübels und des Kriegselends, an den Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft, an die durchgreifende Umgestaltung aller Gebiete unseres öffentlichen Lebens, an die Ausmerzung aller Machtpositionen der bisher herrschenden, besitzenden Minderheit.

Wirksam kann dieses nur geschehen, wenn die Arbeiter in Massen zu uns stehen und unsere Arbeit fördern.

Sobald die Parteigenossen von den revolutionären Posten, auf denen sie jetzt Wache halten, sich entfernen können, werden wir einen Parteitag einberufen. Dort sollen unsere Genossen entscheiden über die Schritte, die wir unternommen haben.

Und nun auf zu rastloser Arbeit! Sammelt das Proletariat unter dem Banner der Partei, die kühn und klar sehend die Massen zu dem revolutionären Ziel geführt hat, das nun erreicht ist.

Es lebe die grundsatztreue, revolutionäre Sozialdemokratie: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!

Es lebe die sozialistische Internationale!

Es lebe die Freiheit!

Wie ein Skelett, das nach langen Jahren der Ruhe aus der Gruft gehoben wird, ist das alte System zusammengebrochen. Es bedurfte kaum eines Stoßes. Ein Lufthauch genügte.

Der stolzeste Militärstaat erlebte eine Katastrophe, die in der Weltgeschichte beispiellos ist. Wo das rote Banner der Proletarier im Arbeiterkleid und im Soldatenrock sich nur von weitem zeigte, streckten alle die Mächte bedingungslos die Waffen, die sich rühmten, die festesten und bewährtesten Stützen des Deutschen Reichs und seiner Bundesstaaten zu sein.

Voran der Militarismus. Die, die das Bestehende hüten und schützen sollten, die die ultima ratio, den letzten und stärksten Beweisgrund für die Daseinsberechtigung des Hohenzollernstaates bilden sollten, schlugen sich zu seinen Gegnern. Statt, wie es Wilhelm II. mit frevelndem Munde verlangt hatte, auf Vater und Mutter zu schießen, taten die Soldaten, was die sittliche Pflicht ihnen gebot: sie scharten sich um das Banner des Volkes.

Denn die Monarchie selbst. Der Kaiser von Gottes Gnaden, der allein Herr sein wollte in seinem Lande, wandte sich mit den Seinen zu unrühmlicher Flucht, nachdem er das Sinnlose des Versuchs erkannt hatte, das Heer zu einem Schutzwall seiner geheiligten Person zu machen.

Und nicht minder kapitulierten die Bureaukratie und alle die anderen Träger des Systems, das den entsetzensvollen Krieg heraufbeschworen hat. Sie vernahmen den Tritt der Arbeiterbataillone, und alsbald hißten sie die weiße Flagge.

Der Sieg ist teuer erkauft durch die gewaltigen Blutopfer, die mehr als vier Jahre lang dem greulichen Götzen des Imperialismus dargebracht werden mußten. Aber zum Schluß war er leicht. Die vier Jahre, die dem alten Deutschland zum höchsten Triumph verhelfen sollten, hatten aufs wirksamste seinen Zusammenbruch vorbereitet.

Das von Marx geprägte und von Lensch und seinen Freunden so greulich mißbrauchte und mißdeutete Wort daß Kriege die Lokomotiven der Revolution sind, hat sich bewährt. Selbst auf dem Boden, der gegen den Umsturz am meisten gefeit schien.

Der Jubel und der Stolz der arbeitenden Massen ist berechtigt. Aber sie müssen sich hüten, in dem Freudenrausch dieser ersten Tage zu vergessen, wie unendlich viel noch zu tun bleibt!

Wir haben die Freiheit verhältnismäßig leicht errungen. Sehr viel schwerer wird es sein, das erworbene Gut zu befestigen und zu behaupten.

Das muß immer und immer wieder gepredigt werden, damit das Mißtrauen des Proletariats wach bleibe.

Unsere Gegner haben sich feige verkrochen. Aber sie sind deshalb nicht tot. Sie sammeln neue Kräfte. Sie warten auf den Augenblick, wo sie zum Schlage gegen uns ausholen können.

Einstweilen kommen sie nur aus ihrem Versteck hervor, um uns ihrer Ergebenheit zu versichern. Wir staunen über die große Zahl von Anhängern, die die sozialistische Republik allenthalben besitzt. Die Intellektuellen erklären sich in großen Scharen zu positiver Mitarbeit bereit. Zahlreiche Akademiker wollen von jeher Anhänger des Volksstaates gewesen sein. Beamte stellen sich begeistert auf den Boden der neuen Verhältnisse. Finanzleute und Großgrundbesitzer erweisen dem neuen Deutschland ihre Reverenz.

Mißtraut ihnen, Freunde!

Die meisten von ihnen sind Mantelträger und Geschäftssozialisten, die die Konjunktur ausnutzen wollen. Sie werden sich in erbitterte und gehässige Gegner zurückverwandeln, wenn der Wind umschlagen und sie glauben sollten, daß sich anderswo bessere Geschäfte machen lassen.

Die erste und vornehmste Aufgabe der sozialdemokratischen Republik besteht also darin, das Erbe des Proletariats sicherzustellen, und nichts wäre verfehlter, als auf jene so schnell erworbenen Anhänger und Mitläufer Rücksicht zu nehmen. Die Stunde des Proletariats ist gekommen. Sie muß genutzt werden!

An die Internationale!

Arbeiter! Parteigenossen!

Die große, geschichtliche Tat ist vollbracht, die deutsche Revolution ist nicht mehr bloß ein Gegenstand der Sehnsucht, sie ist lebendige Wirklichkeit geworden.

In wenigen Tagen erhob sich im ganzen Reich die Arbeiterschaft in einmütigem Zusammenwirken mit Soldaten und Matrosen, fest entschlossen, koste es, was es wolle, die drückende Gewaltherrschaft abzuwerfen. In kühnem Sturmlauf, die prächtigen Mannschaften der Marine voran, bemächtigte sich das arbeitende Volk Deutschlands der Regierungsgewalt.

Sicherung des Friedens, Wiederaufrichtung der zerstörten Volkswirtschaft, Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, das sind jetzt unsere großen Aufgaben. Unser Volk blutet aus unzähligen Wunden, die die verbrecherische Politik der besitzenden Klassen und ihrer Regierungsmänner geschlagen haben. Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte kann es gelingen, auf den Trümmern eine neue Welt, eine Welt der Freiheit und Brüderlichkeit entstehen zu lassen.

Der harte Waffenstillstandsvertrag erschwert dieses Werk gewaltig. Die deutschen Politiker, die dem schmachvollen Frieden von Brest-Litowsk zustimmten, haben kein Recht, zu beklagen, daß die Entente sie in gleicher Weise behandelt. Wir aber haben mit der ganzen Wucht, die uns unsere internationale sozialistische Gesinnung verleiht, diesen Friedensvertrag, ebenso wie den von Bukarest, bekämpft. Blutenden Herzens empfanden wir damals, daß wir noch nicht stark genug waren, diese Gewaltakte zu verhindern. Aber das Verlangen, das Unrecht wieder gut zu machen, stärkte unsere Kraft bis zur höchsten, revolutionären Energie. Jetzt, wo die Welt vom Alpdruck des preußisch-deutschen Militarismus befreit ist, ist es an Euch, den Kampf zu führen gegen die Gewaltpolitik in Euren Ländern, zu verhindern, unsere Revolution zu ersticken, den Keim für neue Kriege zu legen. Wir beugen uns heute der Not der Stunde, wenn wir auch die drückendsten Bedingungen, die uns auferlegt werden, annehmen.

Wir appellieren aber an Eure Klassensolidarität, an Euer Gerechtigkeitsgefühl, an Eure sozialistische Gesinnung. Und wir sind gewiß, Ihr werdet Eure Macht so stärken, daß eine Vergewaltigung von Brüdern nicht mehr stattfinden kann. Folgt Ihr uns, dann hat die Stunde des Kapitalismus in der ganzen Welt geschlagen.

Es lebe der internationale Sozialismus!

Die Solidarität aller Völker!

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ernst Däumig. Wilhelm Dittmann. Hugo Haase.
Adolf Hofer. Gustav Laukant. Georg Ledebour.
Robert Wengels. Luise Ziety.

Wir begrüßen die Mitarbeit Eures Sohnes, der uns nach seiner Vergangenheit dafür bürgt, daß er im Interesse der arbeitenden Klasse Nützliches leisten kann. Wir lassen aber niemanden darüber im Zweifel, daß er nicht darauf rechnen kann, in unseren Reihen die Geschäfte der Bourgeoisie zu besorgen.

Der Form nach ist durch die Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte dafür gesorgt, daß die Früchte der Revolution von denen geerntet werden, die ihr ihre Kräfte gewidmet haben. Sie bilden die Instanz, die die Macht besitzt, Regierung und Verwaltung auf dem rechten Wege zu halten.

Sie haben dafür zu sorgen, daß die Regierung sofort Hand ans Werk legt, um das Fundament eines sozialistischen Gemeinwesens zu schaffen.

Unser Ziel war nicht etwa nur die Beseitigung der Hohenzollern und die Verjagung der Duodezfürsten. Unser Ziel war auch nicht die Veränderung einiger Paragraphen der Verfassung. Unser Ziel war und ist der Sozialismus!

Und wenn wir jetzt die Macht, die wir in der Hand haben, benutzen, um sozialistische Maßregeln in weitem Umfange zu treffen, um den Kapitalismus in uns erreichbare Ketten zu schlagen, so handeln wir im Sinne der Demokratie, denn wir dienen der übergroßen Masse unseres Volkes.

Freilich fordert die Demokratie nicht nur alles für das Volk, sondern auch alles durch das Volk, und unsere Gegner und halben Freunde ziehen daraus den Schluß, daß wir mit unseren Umwälzungen warten müssen, bis eine Volksvertretung sie gut hieße.

Das wäre richtig, wenn unter der Herrschaft des Kapitalismus von einer wahren Freiheit überhaupt die Rede sein könnte. Daß das nicht der Fall ist, weiß der Sozialist. Solange die infamen Abhängigkeitsverhältnisse bestehen, die die kapitalistische Produktionsweise schafft, solange hilft die formale papierne Demokratie dem Proletarier einen Pappenstiel. Die Grundlagen dieser Abhängigkeit müssen mit Hilfe der uns durch die Revolution in die Hand gegebenen Mittel beseitigt werden. Dann erst können wir daran gehen, die Demokratie nach ihrer formalen Seite auszubilden.

Dann wird die aus wirklich freien Volkswahlen hervorgegangene Nationalversammlung gewählt werden, um auf diesem Boden, den zu verändern ihr schwer werden dürfte, weiterzubauen.

Bis dahin werden wir noch heiße Kämpfe für unsere junge Freiheit zu bestehen haben. Wir gehen hinein mit dem Wort aus dem Goetheschen Götz: „Wenn unser Blut anfängt, zur Neige zu gehen, wie der Wein in dieser Flasche, erst schwach, dann tropfenweise verrinnt, was soll unser letztes Wort sein: Es lebe die Freiheit!" R. B.

An die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas.

Ein Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats.

Vier Jahre lang hat der Weltkrieg die Völker in zwei feindliche Lager geschieden. Millionen von Menschenleben sind vernichtet worden, Kulturgüter ohne Zahl sind der Zerstörung anheimgefallen. In allen Völkern lebt die brennende Sehnsucht nach Frieden. In Deutschland waren es die Militärkaste und die herrschenden Gewalten, die in den Krieg hineingetrieben haben und die in unersättlicher Eroberungsgier von Frieden nichts wissen wollten. Mit eisernem Zwange hielt die Militärdiktatur das deutsche Volk im Innern im Bann. Unter unsäglichen Opfern und Verfolgungen hatten die zu leiden, die den Kampf für Frieden und Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hatten.

Der Uebermut und die Herrschsucht der Herrschenden drohte das deutsche Volk der vollständigen Vernichtung zu überliefern. In letzter Stunde raffte es sich auf und warf das unerträgliche Joch von sich. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die in wenigen Tagen der fluchbeladenen Hohenzollernherrschaft und dem ganzen dynastischen System Deutschlands ein Ende machten. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die die Militärdiktatur zerschmetterten und die Regierung beseitigten, die die Verantwortung für die Kriegspolitik Deutschlands trug. Arbeiter und Soldaten sind es, die die Freiheit Deutschlands erkämpft haben.

Arbeiter und Soldaten sind es, die dringend den Frieden haben wollen. Die anderen Völker haben von dem freiheitlichen Deutschland nichts mehr zu befürchten. Wie die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach außen in Deutschland für immer dahin sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Ein friedliches Zusammenleben der Völker, ein allen ersprießlicher Wirtschaftsverkehr, ein auf dauerndem Frieden und wirklicher Freiheit aufgebauter Völkerbund ist das Ziel der deutschen Arbeiter und Soldaten.

Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes von Hunger, Entbehrungen und anderen Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierenden der Entente unerträglich harte Waffenstillstands- und Friedensbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeits- und Solidaritätsgefühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand. Wir bitten sie, bei ihren Regierungen selbst zu wirken, daß das deutsche Volk nicht völlig zum Hungertode und politischer Ohnmacht verurteilt werde.

Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Friede brüderlicher Verständigung ohne jede Eroberungen und Unterdrückungen werde, ein Friede, der jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung und der freiheitlichen Entwicklung läßt.

Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens usw. habt oft versprochen, daß ein solcher Friede euer Ziel sei. Laßt jetzt euer Versprechen zur Tat werden. Tretet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Tretet dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen glücklicheren und friedlicheren Welt ermöglicht. Ein Friede, der künftiges Völkermorden unmöglich macht.

Als Vertreter des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte erheben wir unsere Stimme und bitten euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk durch eure Regierungen nicht zu einem Sklavendasein verurteilt wird. Wir haben uns unsere Freiheit im Innern erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter sitzen.

Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit!

Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Berlin, den 14. November 1918.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats.

Brutus Molkenbuhr. Richard Müller.

An die Soldaten!

Der heute zu Euch spricht, kennt aus eigenem Erlebnis die zahlreichen Leiden und die wenigen Freuden des Soldatenlebens. Vor 25 Jahren war ich zum ersten Male Soldat, im Kriege habe ich wiederum den zweifarbigen Rock anziehen müssen und habe ihn in der Garnison, in der russischen Etappe und im Granatenfeuer vor den Linien der Franzosen getragen. Zu Soldaten zu sprechen, habe ich darum die äußere und innere Berechtigung in höherem Maße, als manch einer, der sich in diesen Tagen aus eigener Berufung zum Soldaten gemacht und in eine Uniform verkleidet hat, um sich in den Soldatenrat, ja auch in den Vollzugsrat, wählen zu lassen. Unter dem Vorwande der „Einigkeit" decken diese Leute mit falscher Flagge parteipolitische Konterbande.

Am 9. November habt Ihr in Berlin, in den Tagen vorher und nachher in Kiel, Wilhelmshaven, Hannover, Braunschweig, Stendal, Cöln, Allenstein und allerwärts in der Heimat, in der Etappe, im Operationsgebiet, an der Front, aus tiefster Not aufgeschrien. Mehr als vier Jahre eines unsäglich grauenvollen Krieges lagen hinter Euch. Schlecht genährt, karg gelöhnt, verwundet, krank, von Strapazen geschwächt, so staket Ihr im Räderwerk der ungeheuren Militärmaschinerie, der stärksten, die die Welt jemals gesehen hat. Mag mancher von Euch auch einen wohlwollenden und gerechten Vorgesetzten gekannt haben, der zum Untergebenen wie Mensch zum Menschen stand; im ganzen waret Ihr, wie wir alle, an Haupt und Händen gebunden, rechtlose Sklaven einer Militärherrschaft, deren stärkste Stützen Zwang und Lüge, Belagerungszustand und Militärstrafgesetzbuch waren. Und noch dem Willen der vornehmsten und höchsten Vertreter und Nutznießer dieser Herrschaft sollte das System „durchgesetzt", sollte das Morden noch nicht beendet werden. Ihr alle kennt die Aufrufe gewisser Kreise zur „nationalen Verteidigung", und Ihr, Matrosen von Kiel und Wilhelmshaven, waret dabei, als die Hochseeflotte mit Minensuchern und Torpedobooten und mit großem Kohlenvorrat ausfuhr, um die englische Flotte anzugreifen und „ruhmvoll unterzugehen".

Und dennoch habt Ihr den Kampf gegen das riesenstarke System der Militärherrschaft gewagt, habt Ihr den Trägern des Systems die Hoheitszeichen abgerissen und auf Schiffen und Kasernen die rote Flagge gehißt. Der Kaiser ist geflohen, der von Euch Hingabe bis zum Tode gefordert hat; er selbst aber fand nicht die Antwort auf die Frage: Krieg mit den Hohenzollern oder Frieden ohne die Hohenzollern? Und fand auch nicht den Mut, für seine Sache bis zum Tode zu kämpfen. Eurem jähen Ansturm konnten „seine" Offiziere nicht standhalten; sie verschwanden von der Straße und vom Kasernenhofe. Gewiß, manche von den Offizieren schlossen sich Euch an und wurden zu Mitkämpfern im Kampfe um die Freiheit. Aber im Verhältnis zur Zahl aller Offiziere, und gar im Verhältnis zu Eurer Zahl, sind jener roten Offiziere nur wenige, und wohl kaum einer aus den oberen, den wichtigsten Stellen.

Das dürft Ihr nicht vergessen, wenn Ihr jetzt daran gehet, die Zukunft zu gestalten. Ihr habt in den glorreichen Tagen des November einen raschen und großen Sieg über den Militarismus erfochten, der die Geißel der Menschheit ist und recht eigentlich der „innere Feind". Ihr dürft auch Eures Sieges freuen, wie die Arbeiter es tun und wir alle, die schon im Frieden auf politischem Gebiete den Kampf gegen den Militarismus geführt haben, der uns darum als den „inneren Feind" zu brandmarken suchte und rücksichtslos verfolgte. Weil ich aber, aus eigener Erfahrung, aus der Geschichte und aus dem politischen Leben, den Militarismus genau kenne, darf und muß ich Euch sagen: Ueberwunden ist er noch nicht. In lebenswichtigen Teilen hat er seine Kraft behalten. Alle Kommandostellen sind noch vorhanden. Die Offiziere, die jetzt bürgerliche Kleidung tragen, können sie jeden Tag wieder mit der Uniform vertauschen, wenn ein General es befiehlt. Unternehmende Heerführer können aus der sich auflösenden Front und in der Heimat Truppen sammeln, indem sie sich an die Spitze von Soldaten setzen. Glaubt Ihr, daß dies nicht möglich wäre? Seid Ihr wirklich aller Eurer Kameraden ganz sicher? Wer ein enges Herz und eine kleine Seele hat, kann auch in dem Aufschwung dieser großen Tage nur klein empfinden; und nur, wenn unter der Asche Funken glühen, kann der Sturmwind sie zur Flamme entfachen. Der Soldat weiß, daß es in jeder Kompagnie immer einige Leute gibt, die bei jedem Dienst mißmutig sind und auch bei der kleinsten Anstrengung und Entbehrung murren und schelten.

Darum seid auf der Hut! Ihr müßt Euch mit dem festen Entschlusse wappnen, dem ersten Sieg die völlige Ueberwindung des Militarismus folgen zu lassen. Keine Lockung darf Gehör finden, die Euch einen lustigeren Dienst in Aussicht stellt, als Wache und Patrouille zur Befestigung der revolutionären Errungenschaften, oder eine reichlichere Verpflegung als die schmalen Kartenportionen, die das ausgemergelte Heimatland Euch jetzt gewähren kann. Die Verzagten unter Euch müßt Ihr aufrichten, die Mißmutigen in kameradschaftlichem Geiste zur Ruhe bringen, die Schlechten aber, die Euch und der heiligen Sache der sozialen Republik in den Rücken fallen könnten, gilt es mit Kraft und Entschiedenheit niederzuhalten. Auch der revolutionäre Kampf, den Ihr jetzt führt, hat seine Kriegsartikel. Mut, Entschlossenheit und kameradschaftlicher Geist sind auch in der Revolution die höchsten Tugenden des Soldaten. Ohne Disziplin kann kein Heer bestehen, am allerwenigsten die revolutionäre Armee, die aus sich selbst heraus und in brüderlichem Zusammenwirken mit den Arbeitern und allen Entrechteten eine neue Welt aufbauen will.

Eine neue Welt! Das ist die große Aufgabe, die Euch und allen gestellt ist. In Blut und Brand und furchtbarem Zusammenbruch ist die alte Welt in Trümmer geschlagen. Der Krieg hat die Erde sowie Geist und Wirtschaft der auf ihr wandelnden Menschen tiefer verändert, als jemals eine Katastrophe in der Geschichte der Menschheit. Hunderte Quadratmeilen bebauten und gepflegten Landes sind zur Wüstenei geworden, zahllose Städte und Dörfer zu Trümmerhaufen, weit mehr als 10 Millionen Menschen sind getötet, viele Millionen zu Krüppeln geworden oder dem Siechtum verfallen. Zahllose Familien von Bauern, von Arbeitern, im gewerblichen Mittelstande, in der Beamtenschaft, in den höheren Schichten der Bevölkerung sind zum Aussterben verurteilt. Die durch die Arbeit vieler Generationen angesammelten Reichtümer sind vernichtet. In allen am Kriege beteiligten Ländern stehen jetzt der — im Verhältnis — kleinen Minderheit von Kriegsgewinnern und anderen Kapitalisten die unabsehbaren Scharen gegenüber, die der Krieg um ihren Besitz und um die Möglichkeit gebracht hat, neuen zu erwerben. Fest gegründete Reiche sind in Stücke geschlagen, Kronen in großer Zahl klirrend zu Boden gefallen, ihre Träger von den Thronen verjagt. Ein Chaos ist zurückgeblieben, wie es uns alte Kunde vom ersten Schöpfungstage erzählt. Wo ist der Wille, der ordnend und aufbauend das vom Kapitalismus und vom Militarismus hinterlassene Chaos zur planvollen Schöpfung gestaltet?

In Euch, Soldaten, wie in allen Ausgebeuteten und Entrechteten, muß der Wille zur Schöpfung leben und wirken. Den Kapitalismus, den zügellosen Drang zur Bereicherung der Wenigen zum Schaden der Vielen, zur Ausbeutung der besitzlosen Arbeit zugunsten des nicht arbeitenden Besitzes, müßt Ihr ablösen. Schon steht die Ablösung bereit: es ist der Sozialismus, der planmäßig die Arbeit aller für alle, und die Arbeitsmittel an Geld und Gut nicht zum Nutzen des einzelnen, sondern des ganzen verwertet, der in Wahrheit einen für alle und alle für einen stehen lassen will. Aus Entrechtung und Zwang, worin Euch der kronentragende Militarismus gehalten hat, müßt Ihr aufsteigen zum freien Menschentum des Streiters für die sozialistische Republik.

Der letzte Schuß ist gefallen. Das Dröhnen der Geschütze ist verstummt. Die Waffen ruhen, und die Friedensglocken klingen an. Das letzte Signal ertönt, das dem Soldaten das liebste ist: Das Ganze halt! Soldaten! Es ist ein falsches Signal. Auf zum Kampfe!, lautet die Losung. Auf zum Kampfe für die sozialistische Republik!

Oskar Cohn.

Täuschende Parolen.

Die Versammlung der Soldatendelegierten in der Alexanderkaserne, über die in den gestrigen Zeitungen ausführliche Berichte erschienen, veranlaßt uns, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die bei einem Teil der Delegierten zutage tretende Erregung einer völlig verkehrten Vorstellung von den Zielen der großen Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft entspringt. Nichts irriger als die Ansicht, daß die Berliner Arbeiterschaft, die seit Jahrzehnten im Feuer des Befreiungskampfes steht, und auch jetzt ihr Blut für die Revolution geopfert hat, in irgendeinem Gegensatz zu den Soldaten und Matrosen stehe, die sich endlich von den Ketten des Militarismus befreit und den Arbeitern bei ihrem Revolutionskampfe beigestanden haben. Nichts irriger auch, als die Ansicht, daß die linksstehenden Elemente der Berliner Arbeiterschaft, die in den ersten Reihen der Revolutionskämpfer gestanden, Gegner der proletarischen Einigkeit und Werkzeuge irgendwelcher sektiererischer Treibereien seien. Wenn solche Ansichten bei einem Teile der Soldaten verbreitet sind, so erklärt sich das wohl aus dem Umstand, daß sie die eigentlichen Ziele und die Kampfmethoden der revolutionären Sozialdemokratie nur ungenügend kennen gelernt haben. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist während des ganzen Krieges in ihren Aeußerungen so furchtbar eingeengt und unterdrückt worden, daß von einer gründlichen Propagandaarbeit, namentlich bei der Armee, gar keine Rede sein konnte. Insbesondere in Berlin ist sie seit zwei Jahren fast völlig von der Oeffentlichkeit abgeschnitten und einer hemmungslosen, demagogischen Bekämpfung seitens der bürgerlichen Parteien und der Mehrheitssozialisten preisgegeben worden. Kein Wunder daher, daß politisch weniger reife Kreise des aufständischen Volkes, die nur das Heute und nicht das Gestern kennen, sich von schönen Redensarten und schillernden Parolen einfangen lassen und mißtrauisch werden gegen diejenigen, die ihre treuesten Freunde, ihre Vorkämpfer sind. Das Berliner Proletariat fürchtet dieses Mißtrauen nicht. Es weiß, daß es ungerechtfertigt ist und daß es verschwinden wird mit der zunehmenden Erfahrung der jetzt ins politische Leben hineingetretenen breiten Massen der Soldaten. Die Logik der revolutionären Entwicklung wird sich schließlich stärker erweisen, als eine täuschende Schlagwortpolitik, die um vorübergehenden Beifalls oder Augenblickserfolgs willen die Grundlagen entblößt und erschüttert, auf denen der Bau der Revolution ruht.

Die Besetzung der Reichsämter

Berlin, den 14 November (amtlich).

Nach dem Beschluß der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt besetzt worden:

Auswärtiges Amt: Dr. Solf. Reichsschatzamt: Schiffer. Reichswirtschaftsamt: Dr. A. Müller. Reichswirtschaftsamt für wirtschaftliche Demobilisation: Koeth. Kriegsernährungsamt: Emanuel Wurm. Reichsarbeitsamt: Bauer. Kriegsministerium: Schelich. Reichsmarineamt: von Mann. Reichsjustizamt: Dr. Krause. Reichspostamt: Rüdlin.

Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an:

Auswärtiges Amt: Dr. David. Kriegsernährungsamt: Robert Schmidt. Reichsarbeitsamt: Giesberts.

Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben:

Auswärtiges Amt: Karl Kautsky. Reichsschatzamt: Eduard Bernstein. Reichswirtschaftsamt: Dr. Erdmann, Köln. Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung: Büchner und Schumann. Reichsarbeitsamt: Jaeckel. Kriegsministerium: Göhre und Däumig. Reichsmarineamt: Noske und Vogtherr. Reichsjustizamt: Dr. Oskar Cohn.

Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Besetzung des Reichsamts des Innern schweben noch Verhandlungen.

* * *

Eine Pressemitteilung über die Ressortverteilung der Reichsleitung hat zu Irrtümern Anlaß gegeben. Die Einteilung in bestimmte Ressorts bedeutet nur eine Verteilung des Arbeitsstoffes innerhalb der Reichsregierung, im besonderen der Eingänge. Sie bedeutet aber keinesfalls einen Ersatz oder eine Aufhebung der bisherigen Staatssekretäre. Die bisherigen Staatssekretäre behalten vielmehr nach dem Willen der Reichsleitung ausdrücklich und uneingeschränkt ihre Arbeitsgebiete und erledigen die ihnen gegebenen Aufgaben nach der generellen Anweisung der Reichsregierung.

In das preußische Kabinett tritt zu den bisher ernannten Genossen Ströbel und Adolf Hoffmann Genosse Rechtsanwalt Dr. Karl Rosenfeld, so daß die engere preußische Regierung nun zu gleichen Teilen aus unabhängigen und Rechtssozialdemokraten gebildet wird. Von den letzteren sind bekanntlich auch ihre Vertreter Hirsch, Braun und Haenisch entsandt worden.

Genosse Dr. Rud. Breitscheid ist neben dem Rechtssozialdemokraten Hirsch mit gleichen Rechten zur Leitung des preußischen Ministeriums des Innern berufen worden. Wie wir hören, wird der bekannte bürgerliche Demokrat H. v. Gerlach die Stelle eines Unterstaatssekretärs in diesem Ministerium einnehmen.

Mit der Leitung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ist der bisherige Unterstaatssekretär Hoff beauftragt worden.

Die Waffenstillstandskommission.

Berlin, 14. November.

Die Waffenstillstandskommission bleibt vorläufig bestehen. Ihre Mitglieder sind: In Berlin: Herr Erzberger, Gesandter Graf Oberndorff, General von Winterfeldt, Kapitän zur See Vanselow. In Spaa: Major Brinckmann, Major Kriebel und Major Boettcher als Vertreter der O. H. L., Geheimrat Brisch und Dr. Melchior als Vertreter der Wirtschaftlichen Ressorts, Kapitän v. Gagern und Kapt. Lt. Kiep als Vertreter der Marine, Major Duesterberg als Vertreter des Kriegsministeriums. Gesandter von Haniel und Leg.-Rat Frhr. v. Lersner als Vertreter des Auswärtigen Amts.

Jedes der in Berlin weilenden Mitglieder hat sein Bureau im eigenen Ressort. Die Zentrale befindet sich Budapester Str. 14.

Vorarbeiten für die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung.

Wie wir hören, werden die Vorarbeiten für den Entwurf der Wahlkreiseinteilung zur konstituierenden Nationalversammlung bereits im Reichsamt des Innern begonnen werden. Man nimmt an, daß in Preußen die bisherigen Regierungsbezirke die Wahlkreise für die nach dem Verhältniswahlsystem vorzunehmenden Wahlen bilden werden.

Das Ende einer Herrlichkeit.

Wie aus guter Quelle verlautet, steht der Erlaß einer Verfügung unmittelbar bevor, durch die das preußische Abgeordnetenhaus für aufgelöst erklärt und das Herrenhaus beseitigt wird.

Eine Sitzung des Soldatenrates.

Im Plenarsitzungssaal des Reichstags fand am Donnerstag abend eine Sitzung des Soldatenrates statt. Der Volksbeauftragte Ebert berichtete zunächst über die Möglichkeiten einer Unterbringung der zurückflutenden Truppen und erbat dabei die Mitwirkung des Soldatenrates. Der Stadtkommandant von Berlin, Otto Wels, forderte zu nachdrücklichem Schutz gegen Plünderungen auf. In der dann einsetzenden Debatte wurde die Rücknahme des Aufrufs zur Bildung einer Roten Garde lebhaft begrüßt.

Göhre erörterte die Gefahr, die der Revolution von links her drohe. Ihr sei vor allem dadurch zu begegnen, daß die militärischen Behörden wie bisher in Wirksamkeit blieben, und zwar für ihre Anordnungen der Gegenzeichnung auch des A. u. S.-Rats bedürften. Die Vorgesetzten sollten von ihren Kameraden gewählt werden, aber die militärischen Kenntnisse behalten. Auf seinen Vorschlag wurde ein Beschluß gefaßt, der eine eiserne Disziplin auf kameradschaftlicher Grundlage empfiehlt und die Ausübung der Kommandogewalt der mit allen Machtbefugnissen ausgestatteten Kommandantur überträgt.

Es kam dann auch zu teilweise sehr erregten Debatten, in denen eine bessere Löhnung der Soldaten befürwortet, die Wahl eines Ausschusses von 12 Delegierten zur Prüfung einer Reihe eingegangener auf Verpflegung und Löhnung bezüglicher Anträge behandelt und insbesondere über ein Vertrauensvotum für den Vollzugsrat diskutiert wurde, dessen Notwendigkeit kein Befürworter damit zu begründen suchte, daß von den Unabhängigen und Spartakus eine lebhafte Agitation gegen die Mehrheit unternommen würde. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Die große Aufgabe der Demobilisierung.

Berlin, 14. November. Amtlich wird mitgeteilt: Dem Rat der Volksbeauftragten ist bekanntgeworden, daß durch Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats in Köln die ungeheure Katastrophe und das Chaos vermieden worden sind, die durch die planlos zurückflutenden Truppenteile und die aus Furcht vor Internierung fliehenden, im militärpflichtigen Alter stehenden Zivilpersonen zu entstehen drohten. Zum Auffangen dieser Leute ist im Etappengebiet ein Kordon gebildet worden, der die zurückflutenden Soldaten aufnimmt, sie ihren Truppenteilen zuführt und für die Einsammlung der Waffen sorgt. Ein zweiter Kordon wird an allen Rheinübergängen gebildet werden.

Das Verhalten des Arbeiter- und Soldatenrates Köln in dieser Angelegenheit ist für sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte vorbildlich. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Körperschaften, daß sie den von ihren Truppenteilen getrennten Soldaten möglichst rasch zur Rückkehr in die Truppe oder in die Ersatzformation und damit zur Regelung ihrer Verpflegungs- und Ernährungsverhältnisse verhelfen. Die große Aufgabe der Demobilisierung kann nur dann ohne schwere Erschütterung der öffentlichen Ordnung gelöst werden, wenn die A.- und S.-Räte den Demobilisierungsbehörden freiwillige Hilfe leisten.

Abgelegte Kronen.

Schwerin, 14. November. Gemäß Beschluß des Ministeriums hat der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin für sich und sein Haus auf den großherzoglichen Thron verzichtet.

Gotha, 14. November. Wie heute den Abgeordneten des gemeinschaftlichen Landtags mitgeteilt wurde, hat Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha gestern dem Throne entsagt.

Der Großherzog von Baden hat „auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet". Die badische vorläufige Volksregierung erklärt das Land für eine freie Volksrepublik. Endgültig über die Staatsform entscheidet die Badische Nationalversammlung. Sie wird am Sonntag, den 5. Januar 1919, gewählt. Sie tritt innerhalb zehn Tagen

Die Internierung des Exkronprinzen.

Haag, 14. November.

Es wird beabsichtigt, den früheren deutschen Kronprinzen mit zwei Begleitern bei Aarnheim zu internieren. Die beiden anderen Offiziere sollen in einem anderen Internierungslager untergebracht werden.

Die französischen Kriegsgefangenen im Westen

Es wird uns gemeldet, daß die französischen Kriegsgefangenen im Westen, denen in Ansprachen die freiheitliche Umwälzung von Deutschland mitgeteilt wurde, volles Verständnis für die Notwendigkeit ruhigen Abwartens bis zu ihrem geregelten Abtransport gezeigt haben. — Engländer und Belgier dagegen scheinen dazu weniger geneigt.

Im westlichen Industrierevier beginnen sich jetzt schon die ersten starken Kolonnen der zurückkehrenden deutschen Truppen der Westfront einzustellen. Die Verpflegung dieser Truppen stellt natürlich sehr hohe Ansprüche an die Lebensmittelvorräte des Industriereviers und die Disziplin der Truppen ist bei unvermeidlichen Schwierigkeiten nicht leicht aufrecht zu erhalten.

Ein Protest.

Dresden, 14. November. Die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates von Leipzig, Dresden und Chemnitz veröffentlichen folgenden Protest:

Gegen die von der Reichsregierung getroffenen Bestimmungen über die Heeresdisziplin, wonach das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers gegenüber den Mannschaften bestehen bleibt und die Soldatenräte nur beratende Stimme bei Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen haben sollen, protestieren wir auf das entschiedenste, weil wir darin eine Preisgabe wichtiger revolutionärer Errungenschaften zum Nachteil des Proletariats sehen. Wir fordern die Reichsregierung auf, jene Bestimmung sofort aufzuheben und zu veranlassen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die Bestimmenden auch in dieser Frage sind.

Verbrüderung an der Westfront?

Aus Paderborn meldet der Arbeiter- und Soldatenrat unter dem 13. November: Die Besatzungen der heute nachmittag 1,30 Uhr von der Front nach hier zurückgekehrten Flugzeuge melden, daß in den französischen Schützengräben von der belgischen Grenze bis Mons die rote Fahne gehißt ist, und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen verbrüdert haben.

Russisches Lebensmittelangebot.

Vom Soldatenrat Dünaburg ist folgendes Telegramm eingegangen:

Der Soldatenrat Dünaburg bittet, der Volksregierung folgendes zu übermitteln: Die schwierigen Verhältnisse im okkupierten Gebiet des Ostens, insbesondere auf dem vorgeschobenen Posten Dünaburg, erfordern dringend die sofortige Entsendung eines Volkskommissars zum Soldatenrat Dünaburg.

Inzwischen bitten wir um Verhaltungsmaßregeln. Zur Kenntnisnahme teilen wir der Volksregierung mit, daß wir auf die Funksprüche der russischen Sowjetregierung, das Lebensmittelanbot, folgendes geantwortet haben:

An das Zentral-Exekutivkomitee der russischen Sowjetregierung Moskau.

Infolge Ihrer Funksprüche an die deutschen Soldatenräte haben wir Berlin soeben um Entsendung deutschen Volkskommissars zu uns gebeten und bitten bis dahin um Geduld. Wenn auch jetzt keine Entscheidung auf das freundliche Erbieten des russischen Volkes zu unserer Unterstützung mit Lebensmitteln möglich ist, danken wir doch für den guten Willen, den uns die russische Sowjetregierung mit diesem Anerbieten bezeugt.

Mit freundlichen Grüßen an alle russischen Kameraden

Der Soldatenrat Dünaburg.

Braun. Otto Goebel.

Ein Appell der russischen Regierung an das internationale Proletariat.

Den Genossen Ledebour, Oscar Cohn und anderen ging aus Zarskoje Selo, der Zentralfunkenstation Rußlands in der Nähe von Petersburg, ein vom 12. November datierter Funkspruch in englischer Sprache zu. Sein Inhalt ist inzwischen durch den mittlerweile abgeschlossenen Waffenstillstand überholt. Dennoch ist die Meldung von höchstem Interesse, da sie auf einen Appell an die Arbeiter und Soldaten der Ententemächte zur Herbeiführung eines wahrhaften Dauerfriedens im Sinne des internationalen Sozialismus hinausläuft.

Der arg verstümmelte Text lautet in der Uebersetzung:

Zarskoje Selo, 12. Nov. An die Soldaten der Verbündeten an der Westfront. An alle, an alle, an alle!

In Deutschland ist die Revolution ausgebrochen. Der preußische Militarismus wurde zermalmt, nicht durch die Geschütze und Tanks des verbündeten Imperialismus, sondern durch die Erhebung der deutschen Arbeiter und Soldaten. Kaiser Wilhelm hat abgedankt und ist ein Gefangener in den Händen seines Volkes. In Berlin vereinigten sich die Soldaten mit den Arbeitern zum Sturze der Junkermacht. Sie haben einen Arbeiter- und Soldatenrat gegründet. In allen wichtigen Provinzstädten haben die Arbeiter und Soldaten revoltiert und haben die Macht in ihre eigene Hand genommen.

Die deutsche Flotte ist vollständig zu den Revolutionären übergegangen und hat die rote Flagge des internationalen Sozialismus an den Mast genagelt. In den Häfen Hamburg, Kiel, Bremen, Wilhelmshaven haben die Mannschaften den Befehl über die Schiffe ergriffen und sorgen selbst für Disziplin unter der Leitung von Matrosenräten. Die revolutionäre deutsche Flotte sandte Funksprüche aus, in denen sie ihren Anschluß an die Revolution kundtat.

Die Revolution hat übergegriffen auf die deutsche Armee an der Westfront. Die Soldaten verweigern ihren Offizieren den Gehorsam. Es wird behauptet, daß sie direkte Verhandlungen mit den Soldaten der französischen Armee angeknüpft haben. Die Befehlshaber der verbündeten Armeen werden nunmehr versuchen, ihre Herrschaft über die ganze Welt auszudehnen.

Soldaten, Arbeiter, Genossen von den verbündeten Armeen! Die Fortsetzung des Krieges kann offenbar jetzt keinem anderen Zweck mehr dienen, als den Triumph des verbündeten Kapitalismus zu sichern und die neugewonnene Freiheit des deutschen Volkes zu vernichten. Der Krieg wird nun endgültig ein Krieg zwischen den beiden miteinander ringenden Klassen: zwischen den Kräften des internationalen Kapitalismus und der Arbeiterklasse. Diejenigen Arbeiter, die jetzt die Befehle ihrer kapitalistischen Regierungen ausführen, leisten Beihilfe bei der Niederlage ihrer eigenen Klasse.

Soldaten, Arbeiter, Genossen! Weigert Euch, noch länger Euch auf dem Altar des Imperialismus Opfer zu bringen! Weigert Euch, Euren Herren noch länger als Schutzdamm zur Hemmung der Sturmflut der Arbeiteremanzipation zu dienen! Kehrt Eure Waffen gegen Eure eigentlichen Feinde, die Euch ins Verderben jagen. Die kapitalistische Gesellschaft wankt in ihren Grundfesten. Mit gemeinsamer Anstrengung können die Arbeiter der ganzen Welt sich von der Mißregierung der herrschenden Klassen befreien.

Kameraden von den verbündeten Armeen, ergreift die Hand, die Euch von den revolutionären Arbeitern Rußlands und Zentraleuropas entgegengestreckt wird! Vereinigt Euch mit uns, um die Freiheit unserer Klasse zu sichern! Nieder mit dem Krieg! Hoch die sozialistische Revolution!

Der Volkskommissar für Auswärt. Angelegenheiten der Russischen Sozialistischen Republik.

Tschitscherin.

Soweit der Funkspruch. Wir begrüßen es als ein günstiges Vorzeichen, daß gerade am Tage des ersten Erscheinens unserer Zeitung „Die Freiheit" die Kunde eintrifft, daß unsere russischen Genossen den Genossen in den Weststaaten die Bruderhand reichen mit der Aufforderung, im Bunde mit uns in gemeinsamem Kampf den internationalen Kapitalismus niederzuringen. Möge dieser Appell an den internationalen Sozialismus Erfolg haben!

Wilson und Clemenceau gegen eine Vergewaltigung Deutschlands

Branting an Eduard Bernstein.

Unser schwedischer Genosse Branting sandte dem Genossen Eduard Bernstein folgende telegraphische Antwort:

Werter Genosse! Telegramm der sechs Genossen ist sofort an Henderson, Cachin und Vandervelde befördert worden mit bester Empfehlung. Ich bin sicher, daß eine Reaktion nicht nur unserer Genossen, sondern der ganzen öffentlichen Meinung in den Ententeländern gegen die erdrückende Vergewaltigung des revolutionären Deutschlands einsetzen wird.

Heute melden Zeitungstelegramme, daß Wilson und sogar Clemenceau sich gegen jede inhumane Maßregel ausgesprochen haben. Ihre Aktion wird diese versöhnliche Strömung noch mehr stärken. Besten Dank für Ihr Telegramm und beste Wünsche, daß die deutschen Genossen ihre gewaltige Revolution im Rahmen der Demokratie auch gegen die verkleidete Tyrannei von unten klar und fest steuern werden.

Revolution und Friedenskampf.

Nach einer Meldung aus Tirol hat die Nachricht von der Revolution in Wien auf die anrückenden italienischen Truppen einen so starken Eindruck gemacht, daß sie erklärten, auf keinen Fall gegen die Regierung Adler etwas unternehmen zu wollen. Sie waren, so erklärten sie, gegen den alten Tyrannenstaat der Habsburger ins Feld gezogen. Jetzt weigerten sie sich aber entschieden, eine revolutionäre Regierung zu bekämpfen und deren schöpferische Arbeit zu stören.

Diese Nachricht, die wir keineswegs verallgemeinern wollen, zeigt, wie eng der Zusammenhang zwischen Revolution und internationalem Friedenskampf ist. Erst nachdem das aufständische Volk Oesterreich-Ungarns seine Machthaber beseitigte, vermochte es die letzten Reste kriegerischer Gesinnung bei dem italienischen Gegner zu beseitigen und den für den Frieden und den Sozialismus wirkenden Elementen innerhalb des italienischen Proletariats und der Armee freie Bahn für ihren revolutionären Kampf zu verschaffen.

Die mißvergnügte Deutsche Tageszeitung.

Daß dem Organ der Agrarier die neue Zeit absolut nicht gefällt, ist gewiß nicht verwunderlich. Daß es diesem Mißvergnügen Ausdruck gibt, versteht sich unter der vollkommenen Preßfreiheit, die wir jetzt haben, ebenfalls. Indes könnte das Blatt aber wohl in etwas geschickter Weise verfahren. Wenn es nämlich mit saurer Miene von der Gründung der „Freiheit" Notiz nimmt und es bissig als „bemerkenswert" bezeichnet,

„daß zu derselben Zeit, wo für die gesamte übrige Berliner Presse nicht einmal das notwendigste Papier verfügbar ist, für diese Neuschöpfung die erforderlichen Papiermengen anscheinend ohne weiteres bereitgestellt werden können,"

so wird solcher Versuch, die Papierlieferung für unser Blatt als eine ungerechte Bevorzugung zu verdächtigen, nur ein verächtliches Achselzucken hervorrufen. Denn jedermann weiß, daß nur die Parteilichkeit des alten Regimes es verschuldet hat, wenn zwei Jahre lang die Unabhängige Sozialdemokratie in der Reichshauptstadt kein Organ hatte, daß es nur die endliche Gutmachung eines alten Unrechts ist, wenn die „Freiheit" die leider sehr bescheidene Papiermenge zur Verfügung gestellt erhält, die ihr das Erscheinen in dem vorläufigen, noch durchaus unzureichenden Umfang ermöglicht.

Groß-Berlin.

Das revolutionäre Berlin.

Die Fluten der Erregung, von denen Berlin während der ersten Revolutionstage getragen wurde, haben sich gelegt. Die Stadt hat ihr altes Bild wieder bekommen. Wirklich ihr altes? Nein, es ist ein neues, aber ruhiges Bild. Verschwunden sind die würdigen Herren, die an allen Ecken, in den Straßenbahnen und in den Hochbahnzügen ihr alldeutsches Programm entwickelten. Verschwunden sind auch die scharfmacherischen, lächerlichen und lügnerischen Anschläge von der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, die man überall sah. Von den Hotels, von öffentlichen Gebäuden weht die rote, siegreiche Fahne. Alles Reaktionäre hat der Sturmwind der Revolution fortgefegt.

Das Haus des Reichstagspräsidenten, das Ingenieurhaus gegenüber dem Reichstag, das Haus des ehemaligen Kronprinzen und das Gebäude der ehemaligen königlichen Bibliothek, sowie das Viktoriacafé tragen deutliche Spuren von Kämpfen. Größere Verwüstungen sind jedoch nirgends, auch nicht im Schloß, angerichtet worden.

Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Aufmerksam liest man die Anschläge an den Säulen und debattiert darüber. Die Bürger zeigen säuerliche Mienen. Daß sie nun nicht mehr tonangebend sein sollen, daß der Arbeiter nun auch etwas zu sagen haben soll, das paßt ihnen gar nicht. Aber noch wagen sie nichts zu sagen. Die meisten kehren die Geste des Revolutionärs hervor. Denn — — — man kann ja nicht wissen!

An den Straßenenden stehen Wachmänner, waffenlos, in Begleitung eines bewaffneten Notgardisten. Rote Binden haben die Wachmänner um den Arm und eine rote Kokarde an der Mütze. Das hätten sich die „tapferen" Berliner Polizisten, die sich während des Januarstreiks das Eiserne Kreuz verdienten, auch nicht träumen lassen, daß sie dreiviertel Jahre später im Dienste jenes Proletariats ständen, auf das sie damals zu schießen wagten. Heute haben sie sich in ihr Schicksal ergeben und sie achten auf Ordnung. Was sie sich abgewöhnt haben, das ist das große Mundwerk. Wer in Deutschland hätte jemals geglaubt, daß selbst ein Polizist lernen würde, höflich zu sein?

Die Museen sind noch geschlossen. Warum eigentlich? Fürchtet man, daß das siegreiche Proletariat in die Stätten der Kunst eindringen würde und die Bildwerke vernichten würde, die ihm heilig sind? Die Berliner Bevölkerung darf verlangen, daß die Museen so schnell wie möglich wieder geöffnet werden. Der für die Museen notwendige Schutz wird sicherlich sofort gestellt werden.

Die Lage der Berliner Hotels hat sich in der kurzen Zeit der Revolution wesentlich geändert. Ein großer Teil der vornehmen Gäste ist verschwunden. In einzelnen Hotels bereitet man Massenlager für die zurückkehrenden Soldaten vor. Einer Einquartierung von heimkehrenden Truppen wird Berlin kaum entgehen. Besonders gut würden sich für Einquartierungen die ehemaligen königlichen Schlösser eignen. Nach vorheriger Räumung von allen Kostbarkeiten, die vielleicht durch die Einquartierungen leiden könnten, ließen sich die großen Räume leicht in Massenquartiere umwandeln. Dadurch würde nicht nur eine zweckmäßige Verwendung dieser jetzt überflüssigen Gebäude gegeben sein, sondern die einzelnen Truppenkörper würden auch auf bestimmte Punkte konzentriert und so leichter zu verwenden sein. — Das revolutionäre Berlin steht noch vor großen und schwierigen Aufgaben. Möge es gelingen, alle diese Aufgaben leicht zu lösen, damit der Stadt größere Lasten erspart bleiben! A. H. B.

Entschließung der Fraktionen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Im Namen sämtlicher Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle in Erwägung ziehen, daß bei der tiefgreifenden Umwälzung, die die Vorgänge der letzten Tage in unserem Vaterlande und so auch in Berlin bewirkt haben, es im Einklang mit der von der Regierung ergangenen Aufforderung dringende Pflicht der städtischen Behörden ist, auch ihrerseits

für Aufrechterhaltung der Ordnung,
für persönliche Freiheit und Sicherheit,
für ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit den erforderlichen Lebensbedürfnissen sowie
für ungestörte Fortführung der städtischen Betriebe

einzustehen.

den Magistrat zu ersuchen,

eine Deputation, bestehend aus 10 Magistratsmitgliedern und 20 Stadtverordneten, einzusetzen, welche berechtigt ist, zur Erfüllung der vorerwähnten Aufgaben die geeigneten Maßnahmen zu treffen und zu diesem Zweck auch mit anderen Behörden und Organisationen in Verbindung zu treten.

Der Achtstundentag in städtischen Betrieben.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen: Die achtstündige Arbeitszeit wird in allen städtischen Betrieben und Anstalten vom 1. Dezember d. J. ab eingeführt. Die Einzelverwaltungen werden mit der sofortigen Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Soweit im Interesse der Ueberleitung Ausnahmen geboten sind, unterliegt dies der Beschlußfassung des Magistrats. Für die Güter bleiben besondere Bestimmungen vorbehalten.

Lohnzahlung für die Streiktage.

Auf Grund des Erlasses des Rats der Volksbeauftragten über die Errichtung des Demobilmachungsamtes vom 12. November 1918 wird verordnet, was folgt:

1. Allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, die innerhalb des Verwaltungsbezirks des Verbandes Groß-Berlin am 9. und 11. November 1918 die Arbeit eingestellt haben, ist der Lohn für diese Tage zu zahlen.

2. Allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, die gegenwärtig in den Arbeiterräten der einzelnen Betriebe tätig sind, ist für diese Tätigkeit der bisherige Lohn weiter zu zahlen.

Berlin, den 14. November 1918.

Demobilmachungsamt.
Koeth.

Die Entlassung in die Heimat.

Der Kommandant von Berlin, Wels, erläßt folgende Bekanntmachung:

Soldaten, Achtung!

Eure Entlassung in die Heimat erfolgt durch die Ersatztruppenteile. Es ist unbedingt erforderlich, daß Ihr Euch sofort dahin begebt, um Eure Entlassung zu beschleunigen. Der Standort des Ersatztruppenteils ist beim stellv. Generalkommando des Gardekorps zu erfragen.

Rückständige Gebühren und alle sonstigen Forderungen können nur beim Ersatztruppenteil erledigt werden.

Fahrscheine zum Ersatztruppenteil werden auf der Kommandantur des Bahnhofs ausgestellt, von welchem Ihr abfahrt.

Die Opfer der Revolution.

Die Zahl der Toten der Revolutionsbewegung wird bis jetzt auf 68 angegeben. Unter dieser Zahl befinden sich auch diejenigen, die durch die unsinnigen Schießereien am Sonntag, Montag und Dienstag ums Leben gekommen sind; also auch direkt Unbeteiligte. Die Beerdigung soll gemeinsam auf dem Begräbnisplatz der Märzgefallenen erfolgen.

Eine vorbildliche Betriebsversammlung.

Eine imposante Betriebsversammlung der Firma Schwartzkopf (Schering- und Zinnowitzer Straße) fand Donnerstag, am 14. November, nachmittags 2 Uhr, statt. Beide Säle der „Germania", Chausseestraße, waren drückend voll; es waren über 6000 Personen anwesend. Genosse Heuer und Genosse Laukant referierten über die Aufgaben des Arbeiterrates in der Fabrik. Sie vertraten den Standpunkt, daß der Arbeiterrat mit der Direktion alle Angelegenheiten der Fabrik zu bestimmen hätte, daß Entlassungen und Versetzungen der Arbeiter und Angestellten nur mit Genehmigung des Arbeiterrates erfolgen könnten. Die beiden Revolutionstage müssen von der Firma bezahlt werden. Die Arbeiterratsmitglieder müssen, da sie durch ihre Tätigkeit nicht mehr in der Lage sind, werktätig zu arbeiten, von der Fabrik den von ihnen bisher verdienten Wochenlohn gezahlt erhalten. Die Arbeitszeit beträgt bis zu der Zeit, wo die Umstellung der Kriegs- in die Friedensarbeit erfolgt ist, vier Stunden, der Lohn beträgt 75 Prozent des bisher verdienten Wochenlohnes. Die Frauen, deren Männer volle Beschäftigung haben, werden entlassen, die Kollegen, die ein Geschäft oder eine Landwirtschaft besitzen, die die Familie ernähren kann, werden ebenfalls entlassen, um den aus dem Felde kommenden Kollegen Beschäftigung gewähren zu können.

Die Versammlung nahm alle Vorschläge einstimmig an. Der Leiter der Versammlung, Genosse Bollmershaus, forderte die Anwesenden auf, Wacht zu halten, damit wir das Errungene festhalten; wir sind erst am Anfang der weltgeschichtlichen Ereignisse. Ebenso machte er Mitteilung, daß am 15. November die erste Nummer des Berliner Organs der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands „Die Freiheit" erscheinen werde. Die Anwesenden müßten rege Propaganda für das Blatt treiben. Mit einem brausenden Hoch auf die Revolution wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Versammlung der Spartakusgruppe.

Die Spartakusgruppe hatte für Donnerstag abend eine Versammlung nach den Sophiensälen berufen, in der Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sprechen sollten. An ihrer Stelle erschien jedoch Genosse Dr. Levy, der die politische Lage behandelte, vor Optimismus warnte und eine Resolution vorschlug, in der es u. a. hieß: „Die internationale Solidarität kann nur aufgerufen werden durch das Proletariat selbst und nicht durch die Regierungssozialisten." Es sprachen noch eine Reihe Redner, die schärfste Angriffe gegen den Soldatenrat richteten und sich teilweise für den Bolschewismus aussprachen und die Diktatur des Proletariats verlangten, nachdem vorher ein Redner, der für Demokratie eintrat, von der Versammlung stürmisch unterbrochen wurde. In seinem Schlußwort wich Dr. Levy der Beantwortung der Frage, wie sich die Spartakusgruppe zur Frage der Nationalversammlung stelle, aus, da man sich über diese Dinge den Kopf nicht zu zerbrechen brauche angesichts der gegenrevolutionären Strömungen. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Auch ein Jubiläum. Zwei Jahre sind es jetzt her, daß die Berliner Arbeiterschaft um ihr Blatt den „Vorwärts" gebracht wurde. Von heute ab haben die Berliner Arbeiter, die in ihrer überwiegenden Mehrheit auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stehen, wieder ein eigenes Blatt, daß sie so sehnlichst erwarteten. Wir hoffen, daß unsere Genossen alles tun werden, um der „Freiheit" eine große Verbreitung zu schaffen.

Parteigenossen in militärischer Stellung, die für die Partei tätig sein wollen, werden ersucht, sich bei der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen, zu melden. Daselbst werden auch Beitrittserklärungen angenommen.

Die Hilfskräfte, Bureaugehilfen und -Gehilfinnen des Magistrats Berlin halten morgen abend 8 Uhr eine Versammlung im Lehrervereinshause ab zur Gründung einer Interessengemeinschaft und zur Vorbereitung von Wahlen für den Betriebsangestelltenrat.

Die Räume des Arbeitsamtes des Arbeiter- und Soldatenrates befinden sich jetzt im Herrenhaus, 2. Stock, Zimmer 10. Alle Meldungen sind dorthin zu richten.

Sehr gut besuchte Mitgliederversammlungen hielt der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend am Mittwoch ab, in denen die Genossen zur neuen Lage Stellung nahmen und unsere Aufgaben erörterten. In allen Versammlungen kam der entschiedene Wille zum Ausdruck, die Revolution sichern zu helfen und mit Mut und Entschlossenheit im Sinne der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei weiter zu arbeiten. Mit Jubel wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß endlich die Berliner Genossen wieder in den Besitz eines täglich erscheinenden Blattes kommen.

Lebensmittelkalender. Ein drittes Pfund Zwiebeln will der Magistrat an die Bevölkerung ausgeben. Die Abgabe erfolgt auf Abschnitt 78 der Lebensmittelkarte. — An zurückkehrende Soldaten will die Fettstelle Groß-Berlin Speisefett abgeben. Die Betreffenden müssen mit ihren Familien hier ansässig sein. Der aus dem Felde Zurückkehrende erhält hier von seiner Brotkommission einen Nachanmeldeschein. — Käse soll in der Zeit bis Montag, den 18. November, an diejenigen Kunden ausgegeben werden, die in den Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 22. bis 27. und 47. bis 51. Brotkommission gelegenen Geschäften (Filialen und Verkaufsstellen) eingetragen sind.

Eine Kreiskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Niederbarnim findet am Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr, im Landratsgebäude, Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5, am Lehrter Bahnhof, statt. Die Vertreter müssen eine Beglaubigung mitbringen.

Zur Gründung eines Bürgerrats Groß-Berlin hat sich ein vorbereitender Ausschuß gebildet, an dessen Spitze Prof. Dr. Rießer steht.

Letzte Nachrichten.

Ende des Generalstreiks in der Schweiz.

Bern, 14. November. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) In der heutigen Schlußsitzung der Bundesversammlung teilte der Bundesrat mit, daß das Generalstreik-Komitee den bedingungslosen Widerruf des Generalstreiks mitgeteilt habe. (Großer Beifall.) Der Bundespräsident fuhr fort: Der Alpdruck ist gewichen, die schweizerische Demokratie erhebt frei und stolz ihr Haupt. Der Bundesrat dankt den eidgenössischen Räten warm für ihr großes Vertrauen und die wirksame Unterstützung in der schweren Krisis. Dank gebührt auch der Armee. (Beifall.) Der Präsident des Nationalrates Calame schloß die Sitzung mit der Bemerkung, daß dem Lande durch die Haltung der Behörden ein Bruderkrieg erspart worden sei.

Ruhe in Holland?

Amsterdam, 14. November.

In Amsterdam, im Haag und in Rotterdam ist bisher keine größere Ruhestörung vorgekommen. In allen drei Städten ist Militär zusammengezogen worden. Außerdem werden Bürgerwehren gebildet. Das Straßenbild ist lebhaft. Für die Dauer der Demobilmachung wird der Ausschank von Branntwein verboten.

Rücktritt der elsaß-lothringischen Regierung. Statthalter Schwander und Staatssekretär Hauß haben ihre Aemter niedergelegt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Nestriepke, Berlin-Wilmersdorf.
Druck der Lindendruckerei und Verlagsges. m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Berliner Sängerchor
Mitglied des D. A.-S.-B. Chormeister: Franz Bothe.
Sonntag, den 17. November 1918
KONZERT
in der Festhalle des Berliner Stadthauses
(Eingang Klosterstr. 47)
Mitwirkende:
Frl. Martha Stapelfeldt (Alt), Herr Julius Thorsberg (Violine),
Frl. Erna Klein (Klavier)
Saalöffnung 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.
Eintritt:
1.50 Mk., für Kinder 50 Pfg. inkl. Garderobe u. Liedertexte

Inserate
finden in der
„Freiheit"
weiteste Verbreitung!
Bestellungen nimmt entgegen der
Verlag der „Freiheit"
Berlin NW. 6.
Schiffbauerdamm 19.

Achtung! Achtung!

Am Freitag, den 15. November 1918, nachmittags 2 Uhr, findet im **großen Saale des Gewerkschaftshauses** eine

Konferenz aller Arbeiterräte,

die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen,

statt.

Es ist notwendig, daß alle A.-R., die mit uns sympathisieren, zwecks Information pünktlich erscheinen. Es haben nur legitimierte Mitglieder des Arbeiterrates Zutritt.

Die Kommission.
I. A.: P. Neumann.

Bestellschein.

Bitte hier ausschneiden, ausfüllen und einsenden an den Verlag der „Freiheit" Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

.....

ab 1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung

„Die Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Preise von M. 2.00 monatlich bei freier Zustellung ins Haus.

Name: .....

Ort: ..... Straße: ..... Nr. .....

(Bitte deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen.)